

funktre. Die Sonntagabend Staatssekretär Dr. Frhr. von Rheinbaben als Mitglied der deutschen Abordnung über die Genfer Einigung hielt. D. R.)

Bedenken!

× Berlin, 11. Dezember.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, wenn die Darstellung über die neue Formel zutreffend sei, würde die Frage der Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung in verhängnisvollem Dunkel bleiben. Die Formel hätte weiter den sehr beträchtlichen Fehler, daß sie die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung nicht an den Beginn der Konferenz knüpft, sondern gemißt dem von dem Verlauf und dem Erfolg der Konferenz abhängig zu machen scheint. Positiv sei die Tatsache zu bewerten, daß das Wort „Sicherheit“ fehlerhaft, obgleich sich natürlich nicht sagen lasse, ob es nicht doch irgendwie im Wortlaut auslinde.

Rebhafte Befriedigung in London.

× London, 11. Dezember.

Der Entschluß Deutschlands, wieder zur Abrüstungskonferenz zurückzukehren, wird in London lebhaft begrüßt. Die „Sunday Times“ schreibt, das sei das „Weihnachtsgeschenk“ in der Frage der Abrüstung. Die Vereinigten Staaten hätten jetzt keine Entschuldigungen mehr, sich einer Revision der Kriegsschulden zu widersetzen, die von Präsident und Senat der Vereinigten Staaten mehrfach als Gegenleistung für Fortschritte in der Abrüstung angeboten worden sei. Die Londoner Presse bezeichnet die Genfer Lösung als Erfolg MacDonaldis. Ihm falle das Verdienst zu, die Formel für das Kompromiß gefunden zu haben. Gleichzeitig wird auch anerkannt, daß MacDonald eine Auslegung der deutschen Gleichberechtigung gegeben habe, die MacDonald zur Unterlage für seine Arbeiten nehmen und kann in die Schlusformeln hineinbringen konnte.

Französische Presse unzufrieden.

× Paris, 11. Dezember.

Die in Genf von den Vertretern der fünf Mächte beschlossene Erklärung zur Gleichberechtigungsfrage wird von der „Temps“ begrüßt, weil damit die Abrüstungskonferenz aus der Sackgasse befreit und Deutschland veranlaßt werde, wieder an den Konferenzarbeiten teilzunehmen. Die Erklärung könne als Verhandlungsgrundlage gelten. Sie sei keine Ideal-Lösung, aber auf alle Fälle ein Kompromiß. Ganz im Gegensatz zum „Temps“ läßt das „Journal des Débats“ an dem in Genf abgeschlossenen Kompromiß kein gutes Haar. Nachdem man bisher immer Drohungen ausgestoßen habe, habe man zuguterletzt Deutschland die Gleichberechtigung grundsätzlich zugesagt und unter völlig unklaren Bedingungen. Das Blatt benutzt die Gelegenheit, um die Regierung auch wegen ihrer Stellung in der Schuldfrage anzugreifen. — Das „Journal“ weist besonders darauf hin, daß der amerikanische Vertreter die Erklärung der fünf Mächte nicht unterzeichnete und betont, daß diese Enthaltung eine Warnung für alle diejenigen darstelle, die die „Sicherheit“ auf die amerikanischen Garantien aufbauen wollten. — Der „Temps“ im „Echo de Paris“ zeigt sich wie immer recht skeptisch. Es sei zu befürchten, so schreibt er, daß die französische Regierung in dem Wunsch, die Einkommensfrage zu befriedigen, mit einer Voreiligkeit gehandelt habe, die durch das Kompromiß nicht gerechtfertigt werde. Das Abkommen bewege, daß Herrriot und Paul-Boncour nachgegeben hätten. Die besondere Gefahr für Frankreich liege in der Erklärung MacDonaldis und Norman Davis, wonach Deutschland nicht ermächtigt sei, die Gleichberechtigung durch die Abrüstung zu erreichen. Daraus gehe deutlich hervor, daß die Abrüstung gleichzeitig durch die Abrüstung Frankreichs erreicht werden solle, d. h. die augenblickliche Organisation der französischen Armee solle kopiert werden. — In einem Kabinettsrat berichtete Ministerpräsident Herrriot Sonntag vormittag über die in Genf erfolgte Verhandlung zwischen den Vertretern der fünf Mächte. In dem über die Beratung ausgegebenen offiziellen Communiqué wird u. a. erklärt, daß die Regierung das in Genf erzielte Ergebnis mit Genugtuung verzeichnet hätte. In dem Communiqué ist auch Herrriots an Paul-Boncour über die Befragung MacDonaldis den Dank der französischen Regierung für seine Bemühungen zu übermitteln.

Die neue englische Schuldennote an Amerika.

Zahlung in Gold, aber auf Amortisationskonto.

× London, 11. Dezember.

Die englische Regierung hat den Vereinigten Staaten eine neue Note in der Schuldfrage überreicht. In ihr bedauert sie, daß Amerika das Stundungsgesetz für die am 15. Dezember fällige Zahlung nicht angenommen hat und erklärt, daß die fällige Summe in Gold gezahlt werden soll, jedoch nicht auf das Inkassokonto, sondern ganz auf das Kapitalamortisationskonto der englischen Schuld an Amerika. England wünscht eine Beschleunigung der Schuldentilgung, so daß bis zum 15. Juni nächsten Jahres, wo eine neue Zahlung fällig würde, keine Zinsen mehr zu zahlen seien. Die englische Note ist in sieben Punkte gegliedert, in denen es u. a. heißt: Die englische Regierung ist überzeugt, daß keine andere Zahlung als die Stundung der nächsten Verzinsung der Schuld eine Verzinsung der nächsten Verzinsung vermeiden können. Aus den schon angegebenen Gründen ist die englische Regierung überzeugt, daß die Wiederaufnahme der Zahlungen zum allgemeinen Nutzen führen muß. Die am 15. Dezember fällige Zahlung wird gemacht, weil die Zeit für Erörterungen zu kurz war und weil die amerikanische Regierung erklärte, daß die fällige Zahlung die Aussicht auf eine erfolgreiche Regelung der Schuldfrage wesentlich verbessern würde.

„Pausanne muß bestehen bleiben“.

× London, 11. Dezember.

Garvin betont im „Observer“, daß nach der am 15. Dezember fälligen britischen Schuldentilgung eine weitere Zahlung unter denselben Bedingungen völlig unmöglich sein wird. Nichts als ein Erben könne das alte Schema der Reparationen in Europa wieder herbeiführen. Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ schreibt, nach

Die Pläne der Reichsregierung.

Am Donnerstag programmatische Rundfunkrede des Kanzlers.

Die Amnestie vor dem Reichsrat.

Berlin, 11. Dezember.

Die Vertagung des Reichstages wird in Regierungskreisen als ein sehr günstiges Zeichen aufgefaßt. Man hofft, daß es nunmehr gelingen wird, eine allgemeine Beruhigung herbeizuführen, und daß der Reichstag, wenn er sich im neuen Jahr versammelt, doch auf Grund von inzwischen geführten Verhandlungen sich arbeitsfähig erweist. Es entspräche einem Wunsch der Reichsregierung, daß sie jetzt noch kein Regierungsprogramm im Reichstage zu entwickeln brauchte, um noch Zeit für gründliche Ausarbeitung zu haben. Andererseits sieht man in der Reichstagszeit ein, daß das deutsche Volk schließlich einen Anspruch darauf hat, eine Meinungsäußerung zur allgemeinen Lage von dem neuen Reichstagskanzler zu hören, zumal dieser in der allgemeinen Politik bisher noch nicht öffentlich hervorgetreten war.

Somit schließt sich innerpolitisch betätigte, und diese Betätigung hatte seit Jahren ein erhebliches Ausmaß, handelte es sich doch um eine Tätigkeit hinter den Kulissen.

Reichstagskanzler von Schleicher will nun diesem durchaus gerechtfertigten Verlangen der Öffentlichkeit durch eine programmatische Rundfunkrede Rechnung tragen, die er wahrscheinlich am Donnerstag halten wird.

In dieser Rede dürfte Reichstagskanzler von Schleicher auch eine ganze Reihe wichtiger Kabinettsbeschlüsse bekanntgeben, die bis dahin noch geheim und dem Reichspräsidenten unterbreitet werden sollen. Reichstagskanzler von Schleicher will mit dem ganzen Wust von Notverordnungen aufräumen, der das öffentliche politische Leben hemmt und, wie die Presseverordnungen, mehr Verärgerung hervorgerufen als wirksam genutzt haben.

Auch in dieser Handlung wird sich ausdrücken, daß das Kabinett von Schleicher ein „Kabinett der Veränderung“ sein will. Es beabsichtigt sich erneut, daß gerade

Reichstagskanzler von Schleicher von gewalttätigen Eingriffen in das öffentliche Leben nicht viel hält, und daß er der Diktatur von oben die Verständigung mit dem Volke vorzieht.

Daß Reichstagskanzler von Schleicher eine beratende Forderung der Notverordnungen nicht dazu benutzen will, um nun etwa alle Schließen des Terrors, der Verleumdungen und Beschimpfungen öffnen zu lassen, versteht sich von selbst. Wird die neu gewährte Freiheit mißbraucht, dann wird auch von Herrn von Schleicher mit den dann notwendigen Maßnahmen gerechnet werden müssen, doch wird man ihm wohl darin zustimmen können, daß nach all den Beschränkungen, die das öffentliche Leben erfahren hat, die wiedererlangte Freiheit mit größerer Selbstdisziplin im politischen Kampf benutzt werden wird, als es früher bisweilen der Fall war.

Das Republik-Schutzgesetz läuft am 31. Dezember ab. Einige Bestimmungen dieses Gesetzes werden voraussichtlich durch Notverordnung weiter aufrechterhalten bleiben. Soweit es den Schutz des Staatsform, die Reichsorgane und den Ehrenschutz für Minister und politische Persönlichkeiten umfaßt, soll das Gesetz durch Notverordnung verlängert werden. Das ganze Republik-Schutzgesetz wird aber nicht wieder verlängert werden.

In der kommenden Woche wird das Kabinett sich auch mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eingehend befassen, und man darf von der Rundfunkrede des Reichstagskanzlers Schleicher wohl auch Angaben über seine Arbeitsbeschaffungspläne erwarten.

Der Reichsrat wird sich bereits in seiner nächsten Vollziehung, die am Donnerstag stattfindet, mit der vom Reichstag beschlossenen Amnestievorlage beschäftigen.

Auf die Tagesordnung dieser Sitzung werden außerdem auch die vom Reichstag ebenfalls beschlossenen Gesetz-

entwürfe über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und über die Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 4. September d. J. gesetzt werden. Wie die Entscheidung des Reichsrats namentlich zur Amnestie ausfallen wird, ist noch nicht zu übersehen, da die Kabinette der Länder zu den Reichstagsbeschlüssen noch nicht Stellung genommen haben. Das preußische Kabinett wird am Dienstag über seine Stellungnahme beraten. Wenn der Reichsrat Einspruch beschließen sollte, müßte das Amnestiegesetz nochmals dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Reichstag müßte also das Gesetz erneut mit Zweidrittelmehrheit bestätigen. Auch damit erlangt es aber noch nicht endgültige Gesetzeskraft. Artikel 76 der Verfassung bestimmt, daß der Reichspräsident, wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschließen hat, dieses Gesetz nicht verkünden darf, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volkseinspruch verlangt.

Bayern gegen Amnestie durch den Reichstag.

× München, 10. Dez.

Zu dem vom Reichstag beschlossenen Amnestiegesetz schreibt die „Bayerische Staatszeitung“ u. a.:

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung des preussischen Landtags.

(Berlin, 10. Dez.)

Der preussische Landtag tritt am Mittwoch, den 14. Dezember, zu einem Sitzungsdienstag von voraussichtlich dreitägiger Dauer zusammen. Die Tagesordnung der Mittwochs-Sitzung ist sehr umfangreich und sieht die Behandlung einer großen Reihe von Anträgen über die Erhaltung des Mittelstandes, Vinerung der Notlage des Handwerks und der Schiffer, Unruhestörungen und Hochwasserbedrohungen und anderes vor. Außerdem wird das Haus die Abstimmungen über die Anträge betreffend die Regierung der Reichskommissare in Preußen, die Finanznot der Gemeinden und die Strafverfahren anlässlich des WGO-Streiks vornehmen. Diese Anträge konnten in der letzten Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses nicht erledigt werden.

Beisprechung zwischen Wehrwolf und Deutsch-Sozialisten.

(Halle a. d. S., 11. Dezember.)

Am heutigen Sonntag fand in Halle eine Konferenz statt, die einer Fühlungnahme zwischen aus der NSDAP ausgetretenen Nationalsozialisten, der kürzlich gegründeten Deutsch-Sozialistischen Partei, und dem Wehrwolf diente. Es wurde beraten, ob und welche gemeinsame Schritte unternommen werden sollen und die Möglichkeit eines Zusammenstoßes erörtert. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden, da man zunächst die weitere Entwicklung des Halleser Gregor Straßer abwarten will. Am gleichen Tage fand auch eine Konferenz der revolutionären Nationalsozialisten statt, in der Major Buchruder sprach.

Ein neuer politischer Mord in Bulgarien.

× Budapest, 10. Dezember.

Wie der „Pester Lloyd“ aus Sofia erfährt, ist in Philippopol der Privatsekretär des dort wohnenden bulgarischen Botschafters Angel Kentschew, ein Anhänger der mitteleuropäischen radikalen Gruppe, ermordet worden. Auf der Hauptstraße vor dem französischen Konsulat von mehreren Personen durch Revolverkugeln getötet worden. Einer der Täter konnte festgenommen werden. Er erklärte, daß er das Urteil eines der Propaganda-Komitees selbständig Komittees vollzogen habe. Das Urteil sei ihm vor 20 Tagen ausgehört worden.

Eine „Reinigungsaktion“ in Bosnietrußland.

× Moskau, 11. Dezember.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat angeordnet, daß im Laufe des Jahres 1933 eine sogenannte „Reinigungsaktion“, eine Säuberung und Revision des Mitgliederbestandes der Kommunistischen Partei sowie der Anwärter für die Parteimitgliedschaft, durchgeführt wird. Weiterhin wird vom 11. Dezember ab eine Aufnahmeprüfung sowohl für die Mitglieder als auch die Parteianwärter für das Gesamtgebiet der Sowjetunion in Stadt und Land verhängt. Derartige Parteiführungen haben wiederholt stattgefunden. Nächstesmal wird die Art ihrer Durchführung war die allgemeine „Reinigungsaktion“, die unter dem Namen 1929 vorgenommen wurde. In den Jahren 1922 bis 1929 fand eine laufende Überprüfung des Parteimitgliedsbestandes der Partei durch Kontrollkommissionen statt. Rund 200 000 Personen schieden in diesen Jahren aus der Partei aus. Im November 1928 beschloß das Zentralkomitee eine neue „Generalreinhaltung“, von der besonders die Anhänger der „Trotzky-Opportunisten“ erfasst werden sollten. Die Durchführung dieser Säuberungsaktion, die bis zum Jahre 1930 anhielt und auf Grund der Richtlinien der Parteikonferenz vom April 1929 erfolgte, traf praktisch besonders die Rechtsopposition, die inzwischen zu einer neuen Gefahr angewachsen war. Die neuangekündigte Generalreinhaltung soll wiederum oppositionelle Einflüsse zurückschlagen und durch hartes disziplinarisches Durchgreifen den Gehorsam der Parteimitglieder gegenüber der obersten Führung sichern.

Grubenunfall auf Zeche „Graf Bismarck“.

× Gelsenkirchen, 11. Dezember.

Auf der Zeche „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Zwei Bergleute, die vor Ort mit Bohrarbeiten beschäftigt waren, überfielen einen Steigzug, von dem sich zwei Wagen lösten und infolge Gefalles zurückfielen. Die beiden Arbeiter wurden überfahren und so schwer verletzt, daß einer von ihnen kurze Zeit später verstarb.

„Am Länderhandpunkt muß dagegen verwahrt werden, daß ein bedeutendes verfassungsmäßiges Vordringen neuerdings durch eine Abänderung der Reichsverfassung entwertet werden soll, für die jedenfalls unter diesen Umständen und in diesem Ausmaß kein zwingender Grund vorliegt. Amnestien in Länderverträgen sind verfassungsmäßig Sache der Länder. Die Länderrechte dürfen aber nicht zum Gegenstand des politischen Handels gemacht werden, über die man je nach politischen Zweckmäßigkeitsgründen hinweggeht. Könnte mit einer Amnestie das hohe Ziel der inneren Befriedung erreicht werden, so würden die Länder zweifellos Opfer bringen. Wenn ihr Ergebnis aber eine schwere Erschütterung der Rechtschaffenheit ist, müssen die Länder mit aller Entschiedenheit dagegen Front machen.“

Dr. Held beim Reichskanzler.

× Berlin, 10. Dezember.

Wie wir erfahren, ist der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, der sich heute in Berlin aufhält, vom Reichskanzler empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit wurden die innerpolitischen Tagesfragen durchgesprochen.

Das neugewählte Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten.

× Berlin, 10. Dezember.

Der Herr Reichspräsident empfing heute das neugewählte Präsidium des Reichstages, Reichstagspräsidenten Göring und die Vizepräsidenten Esser und Loh. Der zweite Vizepräsident Raue konnte wegen Erkrankung an dem Empfang nicht teilnehmen. Der Reichspräsident empfing ferner den Reichskanzler von Schleicher zum Vortrag.

Arbeitsaufnahme in Blei- und Zinkgruben des Sauerlandes.

× Ramsbeck, 11. Dez.

Auf Veranlassung der Aktiengesellschaft Bergbau zu Stollberg und in Westfalen werden in den ersten Tagen des Januar die Ramsbeder Blei- und Zinkgruben, die seit zwei Jahren völlig stilllagen, ihre Förderung wieder aufnehmen. Die Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der Gruben sind bereits in Angriff genommen worden. Die gesamte alte Belegschaft ist wieder eingestellt worden, so daß nahezu 600 Mann wieder Arbeit und Erwerb erhalten. Die Förderung aus den Ramsbeder Blei- und Zinkgruben bildet einen bedeutenden Industriezweig des Sauerlandes.

Tragischer Ausgang einer Schwarzfahrt.

× Wittenberge, 11. Dezember.

Auf der Landstraße Perleberg-Wittenberge hat sich Sonntag gegen 3 Uhr morgens ein folgenschweres Autounfall ereignet. Ein Kraftwagen, der von dem Hamburger Otto Köhn, dem Chauffeur des Besitzers, zu einer Schwarzfahrt benutzt wurde, fuhr mit 120 km Geschwindigkeit gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Drei von ihnen, zwei Mädchen und ein Knabe, waren auf der Stelle tot, der Chauffeur selbst und der vierte Insasse wurden schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt.

Schweres Flugzeugunglück in Frankreich.

(Paris, 11. Dezember.)

Ein seit Sonnabend vermisstes Postflugzeug der Strecke Marseille-Barcelona ist heute, sechs Kilometer nordwestlich von Saintes-Maries-de-la-Mer verbrannt aufgefunden worden. Der Unfall hat sich Freitag früh ereignet. Das Flugzeug war mit einem Passagier und Post an Bord aufgestiegen. Der Pilot hatte aber infolge Nebels keine Sicht und beschloß, auf einem etwas sumptigen aber baumfreien Gelände eine Notlandung vorzunehmen. Beim Landen schneit ein Sturz das Flugzeug gestreift zu haben. Der Apparat lag auf dem Rücken und geriet in Brand. Der Flugzeugführer wurde auf einem Pilotenstuhl vollständig verbrannt vorgefunden. Der Passagier war aufsteigend bei dem Sturz herausgeschleudert; seine Leiche fand man 20 Meter entfernt. Es handelt sich um einen französischen Flugzeugingenieur, der geschäftlich nach Barcelona reisen wollte.

Schweres Flugzeugunglück in Frankreich.

(Paris, 11. Dezember.)

Ein seit Sonnabend vermisstes Postflugzeug der Strecke Marseille-Barcelona ist heute, sechs Kilometer nordwestlich von Saintes-Maries-de-la-Mer verbrannt aufgefunden worden. Der Unfall hat sich Freitag früh ereignet. Das Flugzeug war mit einem Passagier und Post an Bord aufgestiegen. Der Pilot hatte aber infolge Nebels keine Sicht und beschloß, auf einem etwas sumptigen aber baumfreien Gelände eine Notlandung vorzunehmen. Beim Landen schneit ein Sturz das Flugzeug gestreift zu haben. Der Apparat lag auf dem Rücken und geriet in Brand. Der Flugzeugführer wurde auf einem Pilotenstuhl vollständig verbrannt vorgefunden. Der Passagier war aufsteigend bei dem Sturz herausgeschleudert; seine Leiche fand man 20 Meter entfernt. Es handelt sich um einen französischen Flugzeugingenieur, der geschäftlich nach Barcelona reisen wollte.

Ein neuer politischer Mord in Bulgarien.

(Sofia, 11. Dez.)

Wie der „Pester Lloyd“ aus Sofia erfährt, ist in Philippopol der Privatsekretär des dort wohnenden bulgarischen Botschafters Angel Kentschew, ein Anhänger der mitteleuropäischen radikalen Gruppe, ermordet worden. Auf der Hauptstraße vor dem französischen Konsulat von mehreren Personen durch Revolverkugeln getötet worden. Einer der Täter konnte festgenommen werden. Er erklärte, daß er das Urteil eines der Propaganda-Komitees selbständig Komittees vollzogen habe. Das Urteil sei ihm vor 20 Tagen ausgehört worden.

Grubenunfall auf Zeche „Graf Bismarck“.

× Gelsenkirchen, 11. Dezember.

Auf der Zeche „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Zwei Bergleute, die vor Ort mit Bohrarbeiten beschäftigt waren, überfielen einen Steigzug, von dem sich zwei Wagen lösten und infolge Gefalles zurückfielen. Die beiden Arbeiter wurden überfahren und so schwer verletzt, daß einer von ihnen kurze Zeit später verstarb.

Eine Arena niedergebrannt.

× Madrid, 10. Dez. Die großen Stierkampfpflege von Oviedo in Asturien, die zu den schönsten Arenen Spaniens zählten, sind einem Feuerbrand zum Opfer gefallen. Die gewaltigen Anlagen, die 13 000 Zuschauer fassen konnten, sind völlig zerstört.